

Je stärker DIE LINKE im Landtag, desto sozialer wird NRW

Am 14. März 2012 hat sich der Landtag von NRW aufgelöst. Am 13. Mai wird deshalb erneut gewählt. Die Minderheitsregierung versucht jetzt, ihr eigenes Scheitern den anderen Parteien in die Schuhe zu schieben.

Die Wahrheit ist eine andere: Sie selbst hat diese 45 Millionen Euro teure Neuwahl provoziert. Alle Gespräche mit den Oppositionsparteien über den vorgelegten Landeshaushalt 2012 waren Scheinverhandlungen. Sylvia Löhrmann (Grüne): „Es gab eine verbindliche Absprache mit der SPD, dass wir es

den Oppositionsparteien nicht erlauben, die Preise hochzutreiben.“ (FAS, 18.3.2012)

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW hat gegen den Haushaltsentwurf der Landesregierung gestimmt: Im Landeshaushalt 2012 waren Steuermehreinnahmen von 4,1 Milliarden veranschlagt. Nur ein Bruchteil davon wäre nötig gewesen, um zum Beispiel ein Sozialticket, mehr gute Kita-Plätze oder dringend benötigte Sozialwohnungen für die Menschen in NRW möglich zu machen.

Wir waren jederzeit zu Verhandlungen im Sinne der Mehrheit der Be-

Sie kandidieren für den neuen Landtag



Barbara Schmidt
Dipl.-Soziologin,
Büroleiterin, Wahlkreis 92



Marco Lehmann
Erzieher
Wahlkreis 94



Brigitte Stelze
Gewerkschaftssekretärin
Wahlkreis 93

völkerung bereit. SPD und Grüne waren aber bereits auf einen harten Kürzungskurs umgeschwenkt und entschlossen, unerlässliche soziale Ausgaben und Investitionen zu verweigern. Im-

mer mehr nähern sie sich den Positionen von CDU und FDP an. Wir LINKEN sagen: Die öffentlichen Haushalte sind unterfinanziert. Grund sind Steuer-geschenke für die Reichen

und Rettungsschirme für die Banken. Wir brauchen endlich einen Rettungsschirm für die Mehrheit der Menschen und für die besonders Benachteiligten.

Weiter Seite 2



DIE LINKE unterstützt ver.di-Warnstreiks

7.000 Streikende des Öffentlichen Dienstes machten mit ihrer Gewerkschaft ver.di am 21. März Druck. Sie wiesen auf einer machtvollen Streikkundgebung am Bielefelder Rathaus die miesen Angebote der Arbeitgeber zurück und bekräftigten ihre Forderung nach 6,5 % mehr Lohn.

DIE LINKE Bielefeld steht konsequent an ihrer Seite und verteilte ein Solidaritätsschreiben mit dem Motto „Gute Löhne für einen guten Öffentlichen Dienst“.

DIE LINKE macht Druck:

- Abschaffung der Studiengebühren und Kopfnoten,
- Vergabespezifischer Mindestlohn,
- Mehr Mitbestimmung im Öffentlichen Dienst,
- Abschaffung der Residenzpflicht für Asylsuchende,
- Möglichkeit der Abwahl von Oberbürgermeistern/-innen wie in Duisburg

All das hätte es ohne DIE LINKE im Parlament nicht gegeben.

Wir machen Politik nicht nur für, sondern mit den Menschen: In Betrieben, Schulen und auf der Straße. Wir tragen Ihre bzw. Eure Stimme in den Landtag von NRW.

Unsere Schuldenbremse heißt Millionärssteuer.

Wir LINKEN stehen zu unseren Programmen und Forderungen auch nach der Wahl. Dafür haben Sie / habt Ihr uns gewählt. Wir lassen uns nicht verbiegen. Wir lassen uns für Mandate nicht kaufen. Deshalb haben wir auch die Diätenerhöhung nicht mitgemacht.

Wir LINKE bleiben unbestechlich sozial.



Ihr habt am 13. Mai die Wahl!

Michael Aggelidis, Hamide Akbayir, Ali Atalan, Bärbel Beuermann, Gunhild Böth, Dr. Carolin Butterwegge, Anna Conrads, Özlem Alev Demirel, Ralf Michalowsky, Rüdiger Sagemel, Wolfgang Zimmermann
(Fraktion DIE LINKE im Landtag NRW, 15. Wahlperiode)

Abstimmung zur Diäten-Erhöhung im Landtag NRW am 8.2.2012

	Ja	Nein	nicht anwesend	gesamt MdLs
LINKE	-	11	-	11
FDP	-	13	-	13
CDU	57	8	2	67
SPD	67	-	2	69
Grüne	22	-	1	23

Landesvorsitzender der Piraten für höhere Diäten im NRW-Landtag

"Da die Diätenerhöhung im Juli planmäßig ist, gehe ich davon aus, dass wir dieser größtenteils zustimmen werden", sagte der Landesvorsitzende der Piraten, Michele Marsching (Quelle: www.derwesten.de.)

Löhne rauf - Krise stoppen!

Die LINKE unterstützt den Kampf von ver.di und IG Metall für höhere Löhne

Wir blicken zurück auf ein Jahrzehnt mit Reallohnverlusten. Die Gewinne und Vermögenseinkommen

Aber jeder Vierte arbeitet im Niedriglohnsektor. Die Vorstände der DAX-Konzerne genehmigen sich eine Gehaltserhöhung von 14 %. Doch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen Reallohnverluste

Lohn auf Hartz 4 aufstücken lassen.

Millionen Lohnabhängige in unserem Land sind darüber empört. Sie wollen diesen Irrsinn nicht mehr länger mitmachen. Deshalb fordern ver.di und

Es muß endlich Schluss sein mit der deutschen Europameisterschaft im Lohndumping. Die Beschäftigten sind nicht mehr länger bereit, das hinzunehmen. Bei den Warnstreiks von ver.di hat die Beteiligung alle Erwartungen übertroffen.

6,5% mehr Lohn fordern ver.di und IG Metall, dazu noch die unbefristete Übernahme der Auszubildenden. Mit der Forderung einer sozialen Komponente von 200 Euro für alle konnte ver.di sich nicht durchsetzen. Dabei wäre es gut gewesen, dass diejenigen, die es am nötigsten brauchen, auch richtig von den Lohnsteigerungen profi-

tieren. Die IG Metall will gegen die moderne Form der Sklaverei vorgehen. Leiharbeiter müssen das gleiche Gehalt wie ihre fest angestellten Kollegen bekommen.

Fehlendes Geld kann kein Argument sein. Die privaten Vermögen der Reichen sind fast dreimal so hoch wie die öffentliche Verschuldung. Statt einer unsozialen Schuldenbremse brauchen wir endlich eine Millionärssteuer. Die LINKE ist sich mit den Gewerkschaften einig. Die nächsten Milliarden müssen endlich die 99% bekommen, die mit ihrer Arbeit den gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

Heinz Willemsen

"Die Wirtschaft und die Gewinne boomen. Da muss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und in der Metallindustrie, die dies alles erarbeiten, mehr Geld als nur der Inflationsausgleich drin sein."

Barbara Schmidt

men sind dagegen explodiert. Im Wochentakt beschließt die Bundesregierung Milliarden für die Verursacher der Krise.

zugemutet werden. Für über 130.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst reicht der Lohn nicht zum Leben. Sie müssen ihren

IG Metall eine kräftige Lohnerhöhung für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen, in der Metall- und Elektroindustrie.

EINBLICKE

DIE LINKE.
RATSFRAKTION BIELEFELD

Nachrichten der Fraktion DIE LINKE aus Bielefelder Rat & Bezirken

Frühjahr 2012

Auf Antrag der LINKEN:

Vier Bundesverdienstkreuze

Fotos: Dirk Schmitz



Die grüne Fraktionsvorsitzende, Elisabeth Rathsmann-Kronshage nimmt erfreut die Hochglanz-Denkschrift mit dem Vorschlag der Ordensverleihung an ihre Vorgängerin Dr. Inge Schulze entgegen.

Seriös als Vertreter des HFS-Immobilienfonds verkleidet, feierten LINKE zur Eröffnung der Stadtbibliothek im Amerikahaus ausgerechnet ihre politischen Gegner im Rat.

Gegen deren PrivatePublicPartnership-Vorhaben im Bildungsbereich hatte sie 2008 in einem Bürgerbegehren vergeblich 15.002 Unterschriften ge-

sammelt. Jetzt aber verlangte sie für die Hauptbetreiber der für den Fonds höchst profitablen Anmietung aus Steuermitteln ironisch das „Bundesverdienstkreuz am Bande“ für „standhaften, beharrlichen und selbstlosen Einsatz“.

Begründet wurde die linke Schein-Empfehlung unter anderem damit, die anonymen Anleger des

Münchener Fonds sowie ihre Kinder und Enkel seien durch dieses beispielhafte Leuchtturmprojekt „inflationssicher und armutsfest“ geworden, der Marktwert der zuvor 13 Jahre unvermietbaren und unverkäuflichen Schrottimmoblie habe sich „unerhört gesteigert“.

Die zur Ehrung vorgeschlagenen Ratsmitglieder von GRÜNEN, CDU,

BfB und SPD, fabulierten die angeblichen Repräsentanten des Fonds auf Hochglanzpapier, hätten „wahrheitsliebend, verantwortungsbewusst, nachhaltig, ehrenhaft und redlich zum Wohle Bielefelds“ gehandelt. Das

cher verteilte Flugblatt findet der geneigte Leser in Faksimile auf unserer Homepage www.dielinke-bielefeld.de, ebenso die Wiedergabe der historischen Kampfschrift der GRÜNEN vom Sommer 2008 gegen die Lügenpropaganda der LINKEN.

Wilhelmstraßen-Viertel:

Zu wertvoll zum Verkaufen!

Bielefelder Stadtplanung bewegt sich weiterhin auf dem Niveau von „Hui und Pfu!“.

Die Shopping-Center-Pläne mit einem Totalabriss gehören in die Kategorie „Pfu!“.

Doch einmal die Fakten der Reihe nach. Zu Grunde liegt den Überlegungen für ein Shopping-Center die Annahme, dass die Stadt zusätzlich 20.000 m² weiterer Verkaufsfläche im Einzelhandel verkraften könne. Doch ist diese Zahl durch nichts belegt. Sinkende Kaufkraft bei sinkenden Reallöhnen lassen etwas anderes vermuten. Bielefeld gehört mit rund 2,2 m² Verkaufsfläche zu den Spitzenreitern bei den Großstädten in Europa. Das spricht für eine noch ausgewo-

gene Struktur in Bahnhofstraße und Altstadt und spricht gegen eine deutliche Ausweitung der Fläche. Außerdem würde ein Shoppingcenter, so attraktiv es vielleicht auch im Moment erscheint, im Bereich Wilhelmstraße eine zu starke Konkurrenz für Bahnhofstraße, Altstadt und die verbliebenen dezentralen Einkaufsbereiche in Brackwede, Heepen und Schildesche sein. Der im Jahre 2001 in Auftrag gegebene Masterplan spricht hier eine klare Sprache. 70 % des Umsatzes kämen aus Bielefeld, je nach Angeboten könnte dies für die Altstadt ein Umsatzverlust von 20 % bedeuten, für die Bahnhofstraße 16 %. Der Rest würde in den →



Mit feinem Zwirn, Borsalino und dunkler Brille als Vertreter der ehrenwerten Gesellschaft HFS verummmt, feiern Linke zur Bibliothekseröffnung die Traumrendite von 40 Millionen Euro bis 2031, und danach mangels Alternative für die Bibliothek noch auf Jahrzehnte länger.



**Vorschlag der Bauverwaltung:
Hinterhof des Shopping-Centers gegenüber der alten Hauptpost?**



**Vorschlag der LINKEN: Friedrich-Ebert-Boulevard
Mit flanierenden Menschen bevölkerte Friedrich-Ebert-Straße.**

dezentralen Einkaufsbe-
reichen verloren gehen.

**Diese Entwicklung gilt
es zu verhindern.**

**Die Bielefelder LINKE
steht für eine lebendige
Stadt.**

Um das Wilhelmstraßen-
Viertel attraktiver zu ma-
chen, muss auch gefragt
werden, woher der Laden-
leerstand in der Arkade
und der Wohnungsleer-
stand kommt. Ein ent-

scheidendes Element ist
dabei der Verkehr in der
Friedrich-Ebert-Str. und
der Herforder Str. Auch
der Jahnplatz, als der zen-
trale Platz der Stadt, wird
seiner Funktion nicht ge-

recht. Entwicklungspers-
pektiven gehören in einen
aktuell geforderten Mas-
terplan. Dieser muss end-
lich einmal mit weiter Be-
teiligung der Bielefelder
Bürger festlegen, welchen
Weg Bielefeld mit seiner
Innenstadt nehmen will.
Dazu gehört auch die
Übernahme der bereits
bestehenden Mängelana-
lyse aus Bielefeld 2000
plus. Die Bielefelder LINKE
wird sich für den Erhalt

der historischen Architek-
tur mit seiner Wohnkultur
einsetzen. Wir begleiten
den Prozess der Mas-
terplan-Entwicklung kri-
tisch. Wie ein Masterplan
entstehen und aussehen
kann, zeigt das Beispiel
Köln (www.masterplan-koeln.de).

Bernd Vollmer
Sachkundiger Bürger im
Beirat für
Stadtgestaltung

**Sprechzeiten der Ratsfraktion DIE LINKE
Altes Rathaus · Erdgeschoss · 33597 Bielefeld**

Montag - Donnerstag: 10-16 Uhr · Freitag: 10-14 Uhr

Telefon: (0521) 515080 · Telefax: (0521) 518110

E-Mail: die.linke@bielefeld.de · Internet: www.linksfraktion-bielefeld.de

BZV-Beschluss gegen das Europaprojekt „Soziale Stadt Sieker Mitte“

CDU sabotiert Gärten für Bewohner im Sieker Park

An der langen Vorberei-
tung waren sie in mehre-
ren Planungswerkstätten
beteiligt. Die Stieghorster
und Sieker Bürger brach-
ten ihre Ideen für die
70.000 m² Grün zwischen
Greifswalder, Stralsun-
der und Wismarer Straße
ein. Eingeplant sind auch
Begegnungspunkte und
einige Gärten, die von Be-
wohnern bewirtschaftet
werden können. Land-
schaftsgärtner legten
baureif gemachte Pläne
vor, denn das Vorhaben
muss bis 2013 verwirk-
licht sein, weil sonst die
bereitstehenden 1,6 Mil-

lionen Euro aus Brüssel
verfallen. Für das Zwei-
Millionen-Projekt wurde
bereits Bäume gefällt,
die Erdarbeiter standen
Schaufel bei Fuß.
Da befürchteten die
Christlichen Demokraten
in der Bezirksvertretung
Stieghorst urplötzlich,
selbst bewirtschaftete
Gärtchen in städtischem
Grün könnten zu viel Ge-
meinschaftsgefühl und
unverdiente Lebens-
qualität bei Sozialwoh-
nungsmietern schaffen.
Ihr Vorbringen: Hartz-
IV-Berechtigte und Mi-
granten (in Stieghorst

bekanntlich die Bevölke-
rungsmehrheit) wüssten
solche Chancen nicht zu
schätzen und ließen ihre
Gärten verkommen. Für
die Pflege müssten dann
die Steuerzahler auf-
kommen. Auch seien die
Folgekosten von 78.000
Euro jährlich für den frei
zugänglichen Parkteil zu
teuer. Egal ist ihnen, dass
auch ohne Gartenge-
staltung nichts abzuknap-
pen geht, sofern sie keine
Unkrautsteppe wollen.
Die Vertreter von SPD,
GRÜNEN und LINKEN
in der Bezirksvertretung
hielten konsequent zu

dem zusammen mit den
Bewohnern gründlich
entwickelten, europäisch
finanzierten Stadtteilpro-
jekt. Die CDU aber be-
antragte ungerührt, die
Gärten und Begegnungs-
plätze „einzusparen“. FDP
und BfB schlossen sich
an. Gemeinsam miss-
brauchten sie ihre Mehr-
heit in der Bezirksvertre-
tung gegen den erklärten
Willen der Betroffenen.
In Berlin werfen CDU und
FDP den Banken Hunder-
te von Steuermilliarden
hinterher. Vor Ort spielen
sie sich gegenüber sozial
Benachteiligten als spar-

willige Sachwalter der
Steuerzahler auf.
Ob die Ratsmehrheit sich
diesem sozialfeindlichen
Beschluss der Bezirksver-
tretung anschließt?



Willi Waidelich
Bezirksvertreter
in Stieghorst

SPD, Grüne, FDP und CDU:

Übernahme von Tariferhöhungen verweigert

Nur DIE LINKE und ver.di unterstützten bei einer Podiumsdiskussion im März die Mitarbeiter der Freien Träger bei ihrer Forderung nach Übernahme von Tariferhöhungen.

Über Leistungsverträge erledigen Wohlfahrtsverbände dringend notwendige soziale Aufgaben, für die die Stadt Bielefeld zuständig ist. Die Ampel-Koalition hat das Budget für die nächsten Jahre auf den Stand von 2009 festgeschrieben. Die Wohlfahrtsverbände werden gezwungen, selbst zu entscheiden, wie und wo gekürzt werden soll. Die hilfesuchenden Menschen werden nicht verstehen, dass sie weniger Hilfe bekommen. SPD, Grüne und FDP haben diese Kürzungen zu verantworten. Darum sollten sie auch öffentlich sagen, welche sozialen Hilfen künftig

eingeschränkt werden sollen und sich nicht aus ihrer Verantwortung stellen.

Die Kürzungen wären nicht nötig gewesen. Im Rat haben SPD, Grüne, FDP und CDU im letzten Jahr den Antrag der LINKEN für eine Bettensteuer als Ausgleich für die Steu-

ergeschenke der FDP an Hoteliers verhindert. Weniger als ein Drittel von den Mehreinnahmen hätte für die Tariferhöhungen der freien Träger gereicht

Es darf nicht sein, dass die Kluft zwischen Armen und Reichen immer größer wird.

Die Steuergeschenke seit SPD und Grünen unter der Regierung Schröder haben die Kommunen in die Nothaushalte getrieben und müssen daher zurückgenommen werden.

Wer den Millionären nichts nimmt, kann den Kommunen nichts geben.



Dr. Dirk Schmitz
Ratsmitglied

Bildung und Teilhabe bei armen Kindern eingespart

Wo bleibt das nicht ausgegebene Geld?

Statt armen Kindern im Hartz-IV-Bezug mehr Geld zu geben, haben CDU und FDP das umständliche Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) erfunden.

Damit sollten arme Kinder zum Beispiel Nachhilfeunterricht oder Beiträge für Sportvereine bezahlen können. 4,4 Millionen Euro bekam Bielefeld dafür pauschal im letzten Jahr vom Bund.

Das Antragsverfahren ist kompliziert. Viele betroffene Familien wussten auch nicht, dass es diese Unterstützung gibt. DIE LINKE beantragte deshalb im Sommer letzten Jahres, alle Bedarfsgemeinschaften mit Kindern anzuschreiben und über das Bildungs- und Teilhabepaket zu informieren. Alle anderen Parteien lehnten das als überflüssig ab. Sozialdezernent Kähler

(SPD) befürchtete, das Geld reiche nicht, wenn für alle Kinder die Leistungen beantragt würden. Das Ergebnis: Von 4,4 Mill. € sind im letzten Jahr nur 2,2 Mill. € bei den armen Kindern angekommen. Da nicht ausgegebene Mittel nicht zurückgezahlt werden müssen, könnte die Stadt damit ihr riesiges Haushaltsloch stopfen wollen. Nun plant Tim Kähler das Geld im Jahr 2012 „zweck-

bestimmt“ auszugeben. Wir bleiben bei unserer Kritik: Hätten der Sozialdezernent und die anderen Parteien die Anregung der LINKEN aufgenommen, dann wären auch im letzten Jahr schon mehr Kinder in den Genuss dieser Leistungen gekommen. Das ist „Sozialbezug“ an den Kindern!

Dr. Dirk Schmitz
Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss

DIE LINKE. im Rat

DIE LINKE fordert mehr Bürgerbeteiligung ein

In der Ratssitzung am 2. Februar 2012 stellten DIE LINKE und die Ratsgruppe Bürgernähe einen Antrag zur „Verbesserung der öffentlich-politischen Partnerschaft: Transparenz, Information, Partizipation“.

Sie bezogen sich dabei auf Anregungen von pro grün, die mehr Bürgerbeteiligung eingefordert hatten. Der Antrag wurde an den Haupt-

und Beteiligungsausschuss verwiesen, der ihn im März diskutierte. Auch für die Beratungen um die Neugestaltung des Wilhelmstraßen-Viertels forderte DIE LINKE eine stärkere Einbeziehung der AnwohnerInnen und der Öffentlichkeit.

Ein Antrag zur Aufhebung des Beschlusses der Ampel-Koalition, die Vogelruth- und Südschule zusammenzulegen, wurde von der LINKEN

unterstützt. Leider fand dieser Antrag keine Mehrheit im Rat.

In der Ratssitzung am 29. März 2012 stimmte DIE LINKE dem Rückkauf der Stadtwerke-Anteile von den Stadtwerken Bremen zu. Die damalige Ratsgruppe der PDS hatte schon vor 10 Jahren bereits gegen den Verkauf des Stadtwerke-Anteils gestimmt. Die von der SPD und FDP geplante neue

Holding-Struktur wurde durch einen gemeinsamen Antrag von den Fraktionen DIE LINKE, Grüne, CDU und BfB zu Fall gebracht. Damit scheiterte der Versuch der SPD, die Stadtwerke weiter abzuschotten und von dem Einfluss der Bürgerinnen und Bürger zu entfernen.

Hans-Dietmar Hölscher
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE

Geschichte der Arbeiterbewegung soll keine Rolle spielen

Stadtjubiläum 800 Jahre Bielefeld

800-jähriges Jubiläum der Stadtgründung Bielefelds ohne fachkundige Beteiligung von Historikern bei der Vorbereitung – unglaublich, das gibt's doch gar nicht! – möchte man mit dem gewählten Jubiläums-Motto sprechen.

Aber der Bielefelder Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD) und sein Marketingchef Holtkamp machen es möglich.

Seit 2011 wird das Stadtjubiläum im Jahr 2014 vorbereitet. In einer Lenkungsgruppe aus Politik und gesellschaftlichen Gruppen sowie einem Kuratorium, arbeiten insgesamt 30 Personen. Der



Kalenderproduktion bei Gundlach

einzige ausgewiesene Kenner und Autor der Bielefelder Stadtgeschichte, der ehemalige Leiter des Stadtarchivs, Professor Reinhard Vogelsang, stellte im Dezember 2011 sei-

ne Mitarbeit ein, weil die Stadtgeschichte nur am Rande behandelt werde. Derweil geht die Vorbereitung weiter: 102 Projekte sind eingegangen, einige mit geschichtlichem Be-

zug. Bald sollen 1,6 Millionen Euro zur Finanzierung der Projekte verteilt werden. Es gibt gute Ideen, aber auch viel Eigenwerbung von Organisationen. Viele Projekte haben mit Bielefeld und dem Jubiläum gar nichts zu tun. Es ist ein Teller Buntes. Bielefeld soll sich feiern, als junge und moderne Großstadt präsentieren. Was das mit 800 Jahren Stadtgeschichte zu tun hat, bleibt unklar.

Gewerkschaften vergessen?

Ins Kuratorium für das Stadtjubiläum wurde eine Reihe von honorigen Persönlichkeiten berufen. Die Unternehmer und Kirchen sind gut vertreten. Die Gewerkschaften kommen gar nicht vor. Ist Bielefeld ganz ohne Arbeiter und Angestellte entstanden?

Antrag der LINKEN abgewiesen

Im Hauptausschuss versuchte DIE LINKE, die Vorbereitung anzuhalten, um geschichtskundige BielefelderInnen und die Gewerkschaften ins Boot zu holen. Alle anderen Par-

teien lehnten den Antrag ab. Der historische Verein könne sich gern noch beteiligen, wenn er denn wolle, verkündete Pit Clausen, und die Gewerkschaften dürften noch ein Projekt einreichen, auch wenn der Eingabeschluss schon vorbei sei.

Im März hat die IG Metall auf ihrer Delegiertenkonferenz den Oberbürgermeister zur Rede gestellt und aufgefordert, die Gewerkschaften an der Gestaltung des Stadtjubiläums zu beteiligen. Der scheidende erste Bevollmächtigte Harry Domnik zitierte dazu die „Fragen eines lesenden Arbeiters“ von Bertolt Brecht.



Barbara Schmidt
Ratsfraktionsvorsitzende
DIE LINKE
Landtagskandidatin
DIE LINKE,
Wahlkreis 92

Bertolt Brecht

Fragen eines lesenden Arbeiters

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon -
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer fertig war
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie? Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner? Selbst in dem sagenhaften Atlantis
Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer
Siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg.
Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte.
So viele Fragen.

Montag, 30. April 2012

Rock in den Mai

IBZ, Teutoburger Str. 106
Einlass ab 19.30 Uhr · Beginn: 20 Uhr

CAMINOS und weitere Gäste

Eintritt (incl. Buffet):
Abendkasse 12 €
Ermäßigt 6 €
Vorverkauf: 10 €/5 €
im Büro der Linken,
Aug.-Bebel-Str. 126

DIE LINKE.
KREISVERBAND BIELEFELD
Mitveranstalter:
DIDF
Links Jugend



Impressum:
V.i.S.d.P.: DIE LINKE, Bielefeld,
Brigitte Stelze, August-Bebel-Straße 126,
33602 Bielefeld

SPD, Grüne und FDP

Das Sport-Chaos der Ampel-Koalition geht weiter!

Die beleuchtete Laufstrecke am Obersee war noch nicht ganz beendet, schon lag der nächste aberwitzige Antrag zur „Sportförderung“ vor. Der wurde wohl auch am grünen Tisch entwickelt. SPD und FDP machen artig mit.

Die Sportpauschale soll zugunsten der nichtorganisierten SportlerInnen (Wie viele sind das eigentlich?) umverteilt werden. Die Vereine werden also Geld verlieren. Dazu soll eine Arbeitsgruppe, u. a. mit selbst organisierten SportlerInnen (Für wen sprechen die eigentlich?) eine Prioritätenliste aller Bielefelder Sportstätten und Sportgelegenheiten erstellen, die 2012 noch

beschlossen werden soll. Die sachorientierte Arbeit in den Gremien ist verloren gegangen. Der Sport ist zum politischen Spielball geworden! Die seit Jahrzehnten funktionierende Gremienstruktur soll so geändert werden, dass die Ampel-Koalition überall eine politische Mehrheit hat.

Der Stadtsportbund (SSB) mit seinen rd. 88.000 organisierten SportlerInnen kritisiert zu Recht das Verfahren und das Zeitfenster. Die SPD musste einräumen, dass man das Verfahren auch anders hätte gestalten können. Die Grünen haben gar kein Interesse an einem Dialog mit dem SSB. Dabei ist ihnen anscheinend nicht bekannt, dass der SSB

Bielefeld in NRW durch seine gut organisierte und umfangreiche Arbeit eine führende Rolle einnimmt. Projekte werden sogar bundesweit beachtet. Auch für „grüne“ Sportler gilt: Never change a winning team!



Bernd Schatschneider
Sachkundiger Bürger im Schul- und Sportausschuss.

Citipost OWL

Postzustellung zu Hungerlöhnen

Durch den Ausstieg der Neuen Westfälischen Logistik aus der Postzustellung der Citipost verloren 2011 fast 80 PostzustellerInnen ihren Job.

Ein Nachfolgeunternehmen, die PZS Lage & Westlippe GmbH, führte die Postzustellung danach zu noch niedrigeren Löhnen fort. Zwei Kollegen der Citipost nahmen Kontakt zur LINKEN auf und berichteten uns über ihre skandalösen Arbeitsbedingungen und ihre miese Bezahlung: Lediglich Mini-Jobs im Stücklohn, 10 Cent pro Brief (egal wie groß), Vorsortierung in der eigenen Wohnung, Auslieferung mit eigenem PKW oder Fahrrad.

Sie schufteten für einen Stundenlohn unter 4 €.

Das sind sittenwidrige Hungerlöhne!

Von diesem Lohn kann kein Mensch existieren. Der Rest, um zumindest auf Hartz IV zu kommen, muss vom Steuerzahler drauf gelegt werden. Man wird zum sog. „Aufstocker“. Ein zweiter, dritter Minijob muss her, von denen zusammen man in der Regel aber auch nicht leben kann. Verdrängungseffekt nebenbei: Für drei unterbezahlte Minijobs in der privaten Postzustellung wird ein tarifgerechter Job bei der „gelben Post“ vernichtet. So sieht das deutsche

„Jobwunder“ von Frau Merkel aus!

Seit dem Jahr 2000 sind die Löhne in Deutschland preisbereinigt um 4,5 % gefallen. Die Agenda 2010 (SPD/Grüne) führte zu einem riesigen Niedriglohnsektor (22 % aller Beschäftigten!) und massivem Anstieg von Zeitarbeit.

Arbeit wird billig gemacht wie Dreck!

Durch diese Politik gefährdet das Billiglohnland Deutschland das wirtschaftliche Gleichgewicht in Europa. Das deutsche Lohndumping reißt Europa in den Abgrund. Deshalb fordert DIE LINKE: Einführung eines gesetz-

lichen, flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 10 Euro pro Stunde.

Einschränkung und Überwindung von Leiharbeit und „Werkverträgen“.

Deutliche Erhöhung von Löhnen, Renten und Sozialleistungen. Das stärkt die Kaufkraft im Lande und verringert die Exportüberschüsse!

Auch die Kunden der Citipost, wie z.B. das WeltHaus Bielefeld, sollten sich Gedanken darüber machen, zu welchen Bedingungen ihre Post ausgetragen wird. Selbst die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen der SPD (AfA) verschickt ihre Einladungen mit der Citipost. Was sollen die Bürgerinnen und Bürger von

einer Partei halten, die öffentlich Tariftreue und Mindestlöhne fordert, aber ihre eigene Post zu Hungerlöhnen austragen lässt ...



Hans-Dietmar Hölscher
Fraktionsgeschäftsführer
DIE LINKE
Zeitungszusteller und
Betriebsrat NW Logistik

Solidarität hat viele Gesichter

Mitglieder der LINKEN in Bielefeld haben in den letzten Wochen die von Arbeitslosigkeit bedrohten Schlecker-Frauen an ihren Arbeitsplätzen in den Bielefelder Filialen besucht.

Zu der Zeit gab es noch 13 Schlecker Drogeriemärkte in unserer Stadt, inzwischen sind es nur noch 8. Schlecker ist insolvent und die Zukunftsangst steht den Kolleginnen ins Gesicht geschrieben. Unsere persönliche Solidarität zum Internationalen Frauentag, mit Rosen und Grüßen aus der Partei, hat die Kolleginnen gefreut. Einige der Beschäftigten hatten Tränen in den Augen und

Kundinnen zeigten mit Solidaritätsunterschriften ihre Unterstützung. Mit der Schließung des Schlecker-Marktes, der oftmals das letzte Ge-

„Bei den Banken sind sie fix, für die Schlecker-Frauen tun sie nix. Vielleicht wird der Schlecker-Clan bald seinen Konzern auflösen, dabei gut verdienen und die Steuerzahler weitere Umorganisationen und Entlassungen bezahlen lassen.“

worten, die jahrelang das Letzte aus ihrer Belegschaft herausgeholt hat. Viele Schlecker-Frauen haben sich mittlerweile bei ver.di organisiert, mu-



Dank der sozialen Kälte der regierenden Parteien, mal wieder ganz vorne die neoliberale FDP, ist es nicht gelungen, eine Transfergesellschaft zu gründen. Besonders ältere Kolleginnen hätten auf diesem Weg bei der Suche nach einer beruflichen Perspektive eine besondere Unterstützung

und Wertschätzung erfahren.

Und was wird nun aus der anderen Hälfte der noch Beschäftigten?

DIE LINKE fordert, dass die milliardenschwere Familie Schlecker für ihr Missmanagement zur Kasse gebeten wird.

Brigitte Stelze
Kreissprecherin DIE LINKE

Gegen menschenverachtenden Rassismus und Islamfeindlichkeit!

Für kulturelle Vielfalt und friedliches Miteinander!

„Pro NRW“ als Tarnverband für Neonazis, NPD-Mitglieder, DVU und „Republikaner“, plant am 7. Mai 2012 um 10 Uhr eine Hetzkundgebung vor der Vatan-Moschee in Brackwede gegen unsere Mitbürger islamischen Glaubens, gegen Migranten und Minderheiten. In Duisburg protestierten gegen den gleichen Versuch vor kurzem tausende von Bürgern.



Auch in Bielefeld ist kein Platz für Ausgrenzung, menschenverachtenden Rassismus und Neofaschismus, unter welchem Namen auch immer. DIE LINKE ruft deshalb im Bündnis mit anderen Parteien, Gewerkschaften und Organisationen zu einer Gegenkundgebung am Montag, 7. Mai 2012 in der Zeit von 9 bis 12 Uhr auf dem Gelände der Vatan-Moschee, Windelsbleicher Str. 56 in Brackwede auf.



TERMINE

Aktuelle Termine bitte im Büro erfragen:

- Arbeitskreis Wirtschafts- u. Sozialpolitik
- Arbeitskreis Hartz IV
- Arbeitskreis Umwelt und Stadtteilgruppe Mitte
- Stadtteilgruppe Schildesche
- Stadtteilgruppe Heepen
- Frauenplenum
- Lese- und Diskussionszirkel zur Arbeiterklasse heute

DIE LINKE Bielefeld ist erreichbar:
Telefon: 0521. 86 6 11 · info@dielinke-bielefeld.de
NEWS-LETTER: www.dielinke-bielefeld.de
Jeden Freitag und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr,
offenes Büro in der August-Bebel-Str. 126

Zur Erinnerung! In Bielefeld gibt es ein „Sozialticket“.

Zu wenige nutzen es, es ist zu teuer und dann kommt man nicht dran!

Das wollen wir ändern!

Wir, das ist das **Bündnis für ein Sozialticket** in Bielefeld.



Wir fragen nach:

- Wie läuft das mit der Finanzierung und wo bleiben ungenutzte Fördermittel?
- Warum bleiben die Verkaufsstellen so eingeschränkt?

Kontakt:

Brigitte Stelze, 0171.6890491 und b.stelze@online.de